

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 24. November 2019

Eckpunkte liberaler Klimapolitik

Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft unserer Kinder durch nachhaltiges Wirtschaften sichern. Wir müssen deshalb unsere Ressourcen verantwortungsvoll nutzen und mit der Umwelt schonend umgehen. Wir wollen im Rahmen des Vorsorgeprinzips den „menschlichen Fußabdruck“ auf unserem Planeten so gering wie möglich halten. Klimapolitik hat daher für uns einen sehr hohen Stellenwert, und wir stehen zu den entsprechenden internationalen Verträgen und Vereinbarungen. Um die vereinbarten Ziele zu erreichen, sind die Treibhausgase und insbesondere die CO₂-Emissionen schnell und nachhaltig zu verringern. Wir sind überzeugt, dass wir diese Herausforderung meistern können und vertrauen dabei auf die Kreativität und Innovationskraft der Wissenschaftler und Produktentwickler sowie auf das Organisationstalent von Unternehmensführungen.

Die Treibhausgase spürbar und nachhaltig zu verringern, bleibt bis auf weiteres die Hauptaufgabe der Klimapolitik. Der Königsweg hierzu ist die Bepreisung der CO₂-Emissionen. Dies entspricht auch dem Verursacherprinzip, einem Grundprinzip jeder marktwirtschaftlichen Ordnung. Umweltbelastungen sind möglichst zu vermeiden. Wer dennoch die Umwelt belastet, muss die von ihm verursachte Belastung beheben oder sie finanziell kompensieren oder einen entsprechenden Ausgleich an anderer Stelle schaffen. Die Umwelt kennt keine guten oder bösen Verursacher. Deshalb muss gelten: Jeder, der die Umwelt belastet, zahlt oder gleicht diese Belastung aus.

Wir Freie Demokraten wollen eine ökologische Marktwirtschaft, die sich an den beiden Leitgedanken **„Mehr Umweltschutz in der Marktwirtschaft“** und **„Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz“** orientiert und so Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt. Damit können wir das Klima für uns und für die nachfolgenden Generationen gleichermaßen ökologisch wirksam wie ökonomisch effizient schützen.

Die **Klimapolitik der Freien Demokraten** orientiert sich an folgenden **Eckpunkten**:

1. Wir Freie Demokraten setzen gerade auch in der Klimapolitik konsequent auf Marktwirtschaft und auf marktwirtschaftliche Instrumente.
2. Wir Freie Demokraten schauen bei der Klimapolitik über den nationalen Tellerrand hinaus und wollen den Klimaschutz durch internationale Lösungen spürbar verbessern.
3. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Euro für den Klimaschutz dort ausgegeben wird, wo er die größte Wirkung erzielt.
4. Wir Freie Demokraten fordern, den Emissionshandel künftig als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik zu verankern.

5. Wir Freie Demokraten wollen zügig weitere Wirtschaftssektoren in den Emissionshandel einbinden.
6. Wir Freie Demokraten lehnen ebenso wie die große Mehrheit der Bevölkerung eine CO₂-Steuer ab.
7. Wir Freie Demokraten wollen die Einnahmen aus den CO₂-Emissionszertifikaten ausschließlich für die Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen sowie für Investitionen in den Klimaschutz verwenden.
8. Wir Freie Demokraten wollen die Lenkungswirkung durch einen CO₂-Preis. Was wir aber nicht wollen ist, die finanzielle Gesamtbelastung von Verbrauchern und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und Umlagen noch weiter zu erhöhen. Die für Klimaschutz notwendigen Kosten sind daher an anderer Stelle zu kompensieren.
9. Wir Freie Demokraten sind offen für neue Technologien, die sich in einem fairen Wettbewerb durchsetzen müssen. Alle Optionen, die den Klimaschutz wirtschaftlich und sicher voranbringen, sollen eine Chance erhalten.
10. Wir Freie Demokraten setzen uns für die konsequente Aufforstung im In- und Ausland ein.
11. Wir Freie Demokraten sagen Ja zu wirksamem Klimaschutz, aber Nein zu Symbolpolitik und Verbotsideologie. Umwelt- und Klimapolitik ist auch ein Freiheitsthema.

1. Wir Freie Demokraten setzen gerade auch in der Klimapolitik konsequent auf Marktwirtschaft und auf marktwirtschaftliche Instrumente.

Die Kombination aus Ordnungsrecht, planwirtschaftlichen Einzelinterventionen sowie Sektorbezogener Regulierung hat sich als Sackgasse erwiesen. Die deutsche Energie- und Klimapolitik ist ausgesprochen teuer und ineffizient, dennoch werden die international vereinbarten klimapolitischen Ziele verfehlt. Dieser Vertragsbruch ist ein politisches Armutszeugnis für die Bundesregierung und wird mit Blick auf die zu erwartenden Strafzahlungen teuer für die deutschen Steuerzahler. Bei den meisten Klimaschutzmaßnahmen erzielt die Bundesregierung mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand nur eine dürftige positive Wirkung. Hier fehlt es auch an Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Deshalb brauchen wir in der Energie- und Klimapolitik eine Wende, die diesen Namen verdient.

2. Wir Freie Demokraten schauen bei der Klimapolitik über den nationalen Tellerrand hinaus und wollen den Klimaschutz durch internationale Lösungen spürbar verbessern.

Wir Freie Demokraten engagieren uns für eine ebenso wirtschaftlich effiziente wie ökologisch wirksame Wirtschafts- und Umweltpolitik und für eine Energiepolitik aus einem Guss, die sich gleichermaßen durch Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und breite Akzeptanz durch die Betroffenen auszeichnet. Da die Herausforderungen für die Umwelt- und Klimapolitik nicht an den deutschen Grenzen haltmachen, streben wir weniger nationale und mehr europäische und idealerweise weltweite Lösungen an.

Deutschland ist für zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Diese Tatsache darf nicht als Entschuldigung oder als Ausrede für Nichtstun herhalten, man sollte sie aber bei der Frage, wo sich die verfügbaren Gelder für den Klimaschutz im In- oder Ausland am wirksamsten einsetzen lassen, im Blick behalten. In Deutschland können wir in jedem Fall beispielgebend vorgehen und Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, die als Vorbild für andere Länder taugen.

Wir Freie Demokraten widersprechen, wenn einige Klimaschützer und zahlreiche Vertreter anderer politischer Parteien immer wieder den Eindruck erwecken, wir könnten in Deutschland mit nationalen Maßnahmen allein die Erderwärmung aufhalten. Wir retten das Klima auch nicht, indem wir mit symbolpolitischen Vorschriften und Verboten einzelner Technologien unsere stärksten Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie im Namen des Klimaschutzes gegen die Wand fahren. Vernunft und Augenmaß gebieten es, Koalitionen für den Klimaschutz auf internationaler Ebene zu suchen und Lösungen für die Länder zu entwickeln, wo 98 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen entstehen. Hier können mit dem gleichen Geld Emissionen weit wirksamer verringert werden.

Unternehmen, die im Ausland nichts für ihre CO₂-Emissionen bezahlen müssen, haben Wettbewerbsvorteile gegenüber deutschen Unternehmen. Um hier wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen, sind Grenzausgleichsabgaben mit dem Charakter von Zöllen im Gespräch. Diese Art von Schutzmaßnahmen, die wahrscheinlich in der EU als rein nationale Regelungen kaum durchsetzbar wären, sollten möglichst vermieden oder zumindest in internationale Vereinbarungen eingebunden werden, um in Zeiten von Handelskriegen nicht weitere Vorwände für die Zerstörung des freien Welthandels zu liefern.

3. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Euro für den Klimaschutz dort ausgegeben wird, wo er die größte Wirkung erzielt.

Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Steuerzahler, Verbraucher und Unternehmen müssen dafür sehr viel Geld in die Hand nehmen, das an anderer Stelle damit nicht mehr zur Verfügung steht. Umso wichtiger ist, dass dieses Geld nicht für ineffiziente, symbolische Einzelmaßnahmen ausgegeben wird. Wir Freie Demokraten achten darauf, dass bei allen umweltpolitischen Maßnahmen der finanzielle Aufwand und der erzielbare Umwelteffekt in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Dies ist beim derzeitigen Regierungshandeln häufig nicht der Fall.

Der Schutz der Umwelt und die Minimierung der Treibhausgas-Emissionen haben für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir haben aber immer auch die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft mit im Blick.

4. Wir Freie Demokraten fordern, den Emissionshandel künftig als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik zu verankern.

Um die Treibhausgase nachhaltig zu verringern, stehen mehrere umweltpolitische Instrumente zur Verfügung. Aber nur eines davon ist gleichermaßen ökonomisch und ökologisch effizient: der Handel mit Emissionszertifikaten, kurz der Emissionshandel.¹

¹ *Der Emissionshandel funktioniert recht einfach. Jeder, der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Menge CO₂ freisetzt, benötigt hierfür eine Lizenz, sprich ein Emissionszertifikat. Je mehr emittiert wird, umso mehr Zertifikate werden benötigt. Die politischen Entscheider legen fest, wie viel CO₂ in einem Jahr maximal emittiert werden darf und wie viele Zertifikate damit zur Verfügung stehen.*

Der Preis der Lizenzen hängt von Angebot und Nachfrage ab. Durch den Börsenhandel mit den Lizenzen tritt der marktwirtschaftlich erwünschte Effekt ein, dass die CO₂-Emissionen genau dort vermieden werden, wo dies mit den geringsten Kosten möglich ist. Gleichzeitig wird mit Blick auf den Klimaschutz sichergestellt, dass nicht mehr CO₂ emittiert wird, als von der Politik festgelegt wurde. Bei diesem wird politisch bestimmt, wie viel Treibhausgase insgesamt emittiert werden dürfen, wie die Emissionsberechtigungen (in Form von Zertifikaten) ausgegeben und gehandelt werden und welche Sanktionen für Emissionen ohne entsprechende Zertifikate drohen. Dabei wird die Gesamtmenge an Zertifikaten jährlich automatisch verringert.

Hierbei entscheiden der Bundestag bzw. die Regierung über die maximale Zahl der Emissionszertifikate und die Regeln des Emissionshandels. Sie legen also die maximale Menge und nicht den Preis der CO₂-Emissionen fest, wie dies bei einer CO₂-Steuer der Fall wäre.

Die sichere Begrenzung der Emissionsmenge ist der Schlüssel für den Klimaschutz. Alle anderen Maßnahmen wie Verbote oder Einschränkungen für einzelne Wirtschaftssektoren (Bauwirtschaft, Automobilindustrie) oder für Produkte und Dienstleistungen (Flugreisen, SUVs, Fleisch) sind damit überflüssig. Denn auch hier gilt: Wer CO₂ freisetzen will, muss dafür eine Lizenz, sprich ein Emissionszertifikat, kaufen. Für das Klima spielt es nämlich keine Rolle, wer die Treibhausgase emittiert und wo dies passiert, es kommt ausschließlich auf das ob an. Gleichzeitig hat jeder von uns einen finanziellen Anreiz, durch den Kauf von CO₂-armen Produkten die CO₂-Emissionen gering zu halten und einen individuellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der Emissionshandel ist ökologisch dann besonders wirksam, wenn es keine Ausnahmen für einzelne Wirtschaftssektoren und keine kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten gibt.

Der Emissionshandel funktioniert bereits auf europäischer Ebene für 11.000 Anlagen der Energiewirtschaft und der Industrie. Etwa 45 Prozent der Emissionen aus 31 europäischen Staaten (EU 28, Norwegen, Lichtenstein und Island) sind inzwischen in das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) einbezogen. Es wurde 2005 eingeführt und hat inzwischen Nachahmer beispielsweise in China und den USA gefunden.

Damit die Europäische Union ihre international vereinbarten Emissionsminderungen erreicht, setzen wir uns für eine Reduktionsquote von jährlich drei Prozent anstatt 2,2 Prozent ein. Deutschland muss sich auf die Erfüllung seiner EU-Verpflichtungen konzentrieren, statt die Illusion einer Vorreiterrolle durch kaum erreichbare zusätzliche nationale Verpflichtungen zu erzeugen. Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik lässt sich letztlich nur EU-weit abgestimmt erreichen.

5. Wir Freie Demokraten wollen zügig weitere Wirtschaftssektoren in den Emissionshandel einbinden.

Der Klimaschutz ist umso wirksamer, je mehr Wirtschaftssektoren und je mehr Länder in den Emissionshandel eingebunden sind. Deshalb wollen wir die Sektoren Verkehr und Wärme so schnell wie möglich in das EU-Emissionshandelssystem integrieren. Wie erfolgreiche Beispiele anderer Länder zeigen, müssen dabei die Produzenten und Importeure von Kraft- und Brennstoffen Emissionsrechte erwerben. Die entsprechenden Kosten werden dann verursachergerecht auf die Verbraucher umgelegt.

Dieses Vorhaben sollte bereits in der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments höchste Priorität genießen. Deutschland muss sich vehement für dieses Ziel einsetzen.

Um die eigenen Klimaziele sicher zu erreichen und um Impulse für einen umfassenden Emissionshandel zu geben, sollte Deutschland in einem ersten Schritt auf nationaler Ebene die Sektoren Verkehr und Gebäude per Art. 24 der EU-Emissionshandelsrichtlinie in den europäischen Emissionshandel integrieren. Diejenigen, die in Deutschland fossile Brennstoffe in Verkehr bringen, müssen die entsprechende Menge an Brennstoffemissionen dokumentieren und die dafür notwendige Zahl von Emissionslizenzen nachweisen. Sie können sich diese bei den regelmäßigen Versteigerungen bzw. auf dem europäischen Markt für Emissionsberechtigungen beschaffen. So lassen sich die deutschen Klimaschutzverpflichtungen erheblich kostengünstiger erfüllen. Neben sektorspezifischen Maßnahmen

können die Verpflichtungen in den Sektoren Verkehr und Wärme auch von europaweiten kostengünstigen Möglichkeiten der Treibhausgasvermeidung profitieren. Um die zusätzlichen Belastungen der Bürger und Unternehmen aufgrund steigender Preise für Emissionsrechte zu begrenzen, sollten die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionsrechten für die Absenkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß sowie eine Klimadividende direkt an die Bürgerinnen und Bürger und einen effektiven Carbon-Leakage-Schutz genutzt werden. Da Unternehmen in Übergangsphasen für ihre Investitionen Planungssicherheit brauchen, bedarf es in betroffenen Bereichen flankierender Maßnahmen. Zudem sind mehr Mittel für die Erforschung und Entwicklung klimaschonender Technologien sowie der Speicherung und Kreislaufnutzung von Treibhausgasen bereitzustellen.

Grundsätzlich halten wir an unserem Ziel fest, mittel- und langfristig alle Wirtschaftssektoren nicht nur in Deutschland, sondern europaweit und idealerweise global in den Emissionshandel einzubinden.

6. Wir Freie Demokraten lehnen ebenso wie die große Mehrheit der Bevölkerung eine CO₂- Steuer ab.

Ein Vorteil einer CO₂-Steuer besteht darin, dass sie Emissionen bepreist. Ihr großer Nachteil ist jedoch ihre ungenaue Lenkungswirkung. Für den Gesamtumfang der Emissionen kann es allenfalls Schätzwerte geben. Die maximale Menge der CO₂-Emissionen wird anders als bei den Emissionszertifikaten nicht sicher erreicht. Das macht eine ständige Nachjustierung erforderlich. Setzen die politischen Entscheider die CO₂-Steuer zu niedrig an, werden die Klimaschutzziele verfehlt. Ist die CO₂-Steuer andererseits zu hoch, führt das zu sozialen Verwerfungen und würgt Teile der energieintensiven Wirtschaft ab.

In ihrer vom Bundesumweltministerium derzeit geplanten Form wird sie die vereinbarten Klimaziele bis 2030 klar verfehlen.

7. Wir Freie Demokraten wollen die Einnahmen aus den CO₂-Emissionszertifikaten ausschließlich für die Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen sowie für Investitionen in den Klimaschutz verwenden.

Der Emissionshandel dient der wirksamen Verringerung von Treibhausgas-Emissionen. Er sollte hingegen nicht lediglich als zusätzliche Einnahmequelle des Staates dienen. Wir wollen deshalb einen wesentlichen Teil der Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Emissionszertifikate an die Verbraucher und Unternehmen zurückgeben. Dies kann über mehrere Wege erfolgen. Neben Einmalzahlungen an die einzelnen Haushalte kommt dabei auch die (Teil-)Abschaffung CO₂-bezogener Steuern und Subventionen infrage (Stromsteuer, EEG-Umlage, KWKG-Umlage, Energiesteuer).

Wir Freie Demokraten wollen den Teil der Einnahmen, der nicht an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben wird, für gezielte Investitionen in den Klimaschutz und Anpassungen an das sich wandelnde Klima nutzen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung liegen, beispielsweise bei der Förderung von Zukunftsprojekten und Reallaboren, in denen großtechnisch und in regionalem Maßstab neue Wege der Mobilität oder der Energie- und Wärmeversorgung erprobt werden.

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel dürfen hingegen nicht als Dauersubventionen für die erneuerbaren Energien oder für inzwischen marktgängige Technologien eingesetzt werden. Durch die

Bepreisung der CO₂-Emissionen werden emissionsfreie Technologien ohnehin schneller wettbewerbsfähig.

8. Wir Freie Demokraten wollen die Lenkungswirkung durch einen CO₂-Preis. Was wir aber nicht wollen ist, die finanzielle Gesamtbelastung von Verbrauchern und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und Umlagen noch weiter zu erhöhen. Die für Klimaschutz notwendigen Kosten sind daher an anderer Stelle zu kompensieren.

So soll unter anderem die Stromsteuer ab 2021 auf das europäische Mindestniveau abgesenkt werden. Gleichzeitig kämpfen wir auf europäischer Ebene dafür, dass die Stromsteuer zeitnah ganz abgeschafft werden kann.

Verbraucher und Unternehmen ächzen unter der Last der hohen Energiepreise und vor allem der Strompreise. Wer hohe Strompreise damit zu rechtfertigen versucht, dass dies zu Stromeinsparungen und zu entsprechenden Emissionsminderungen führe, unterliegt schlicht einem Irrtum. Unter den Bedingungen des europäischen Emissionshandels wird eine Verringerung der Emissionen an dieser Stelle durch eine Erhöhung anderenorts neutralisiert.

Der Strompreis in Deutschland besteht inzwischen zu weit mehr als der Hälfte aus Steuern, Abgaben und Umlagen. Die Stromsteuer hat keinerlei positiven Effekt auf die Umwelt oder das Klima.

Für die Finanzierung können die steigenden Einnahmen aus dem Emissionshandel genutzt werden, insbesondere wenn eine Ausweitung auf die Sektoren Verkehr und Wärme erfolgt.

Ein weiterer Ansatz, die zusätzlichen Kosten für die Verringerung von Treibhausgas-Emissionen zu kompensieren, ist die spürbare Verringerung der überbordenden planwirtschaftlichen Detailregulierung im gesamten Umweltbereich, die mit der Einbeziehung aller Wirtschaftssektoren in den Emissionshandel im Übrigen in weiten Teilen überflüssig würde.

Die absehbare finanzielle Zusatzbelastung von Verbrauchern und Unternehmen durch den CO₂-Preis verleiht unserer Forderung immer mehr Nachdruck, endlich das energie- und mobilitätsbezogene Steuer- und Abgabensystems grundlegend zu reformieren. Nur so kann verhindert werden, dass die Steuer-, Abgaben- und Umlage-Schraube noch weiter überdreht wird.

9. Wir Freie Demokraten sind offen für neue Technologien, die sich in einem fairen Wettbewerb durchsetzen müssen. Alle Optionen, die den Klimaschutz wirtschaftlich und sicher voranbringen, sollen eine Chance erhalten.

Es gibt viele Wege, Treibhausgas-Emissionen zu verringern oder ganz zu vermeiden. Wir Freie Demokraten sind grundsätzlich für jede Idee, jeden Weg und jede Technologie offen, die dem Klimaschutz nützt. Wir legen uns nicht auf gängige Technik-Konzepte fest. Deshalb kritisieren wir die Bundesregierung für die Bevorzugung bestimmter Technik-Konzepte und für entsprechende Subventionen, die dann als Industriepolitik verbrämt werden. Nur mit der Technik von gestern lassen sich die Klimaprobleme der Zukunft nicht lösen, es gibt mehr Optionen als nur Windkraft, Photovoltaik und batterieelektrische Autos. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden in der Umwelt- und Energiepolitik völlig neue Dimensionen eröffnen. Der technische Fortschritt bietet riesige Chancen für die Erzeugung von preiswerter Energie an Land und aus dem Meer sowie für die nachhaltige Verringerung der CO₂-Emissionen. Zudem lässt sich durch die Möglichkeiten der Digitalisierung auch das Zusammenspiel komplexer Energie- und Mobilitätssysteme verbessern.

Wir Freie Demokraten setzen auf fairen Wettbewerb. Dies gilt auch für die Lösungswege, um die CO₂-Emissionen zu verringern. Wir vertrauen hier auf die Kreativität und Innovationskraft der Wissenschaftler und Produktentwickler sowie auf das Organisationstalent von Unternehmensführungen. Wir vertrauen nicht auf die hellseherischen Fähigkeiten von Bürokraten, die zu wissen glauben, welche Zukunftstechnik die erfolgversprechendste ist und die dafür dann das entsprechende regulatorische Korsett schnüren.

Wir Freie Demokraten beteiligen uns nicht an der Verteufelung des Verbrennungsmotors und wollen die Forschung und Entwicklung synthetischer Kraftstoffe fördern.

Neben der E-Mobilität gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Zusätzlich zu grünem Wasserstoff können auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO₂ hergestellt werden, wichtige Elemente für den Antriebsmix der Zukunft liefern. Dazu sind Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso notwendig wie der Abbau regulatorischer Hürden.

10. Wir Freie Demokraten setzen uns für die konsequente Aufforstung im In- und Ausland ein.

Ein wichtiger Baustein, um die Treibhausgase und insbesondere die CO₂-Emissionen nachhaltig zu verringern, sind Investitionen in die organische Speicherung von CO₂. Insbesondere das Potential von Bäumen, Mangroven und Seegraswiesen sowie die Renaturierung von Mooren, die einen Teil des CO₂ aus der Luft speichern, sollten wir viel stärker nutzen.

Da Deutschland dicht besiedelt ist und bereits über große Waldflächen verfügt, sehen wir ein noch größeres Potential in weltweiten Aufforstungs- und Renaturierungsprojekten.

Gleichzeitig muss alles getan werden, um die Waldzerstörung, den Holz-Raubbau und die Zerstörung wichtiger Ökosysteme zu stoppen. Klimaschutzinvestitionen sind gerade in Entwicklungsländern besonders wirksam und effektiv, da CO₂ hier vielfach zu geringeren Kosten gebunden und eingespart werden kann als in Deutschland.

11. Wir Freie Demokraten sagen Ja zu wirksamem Klimaschutz, aber Nein zu grüner Symbolpolitik und Verbotsideologie. Umwelt- und Klimapolitik ist auch ein Freiheitsthema.

Wir wollen und können unsere klimapolitischen Ziele sicher und kosteneffizient erreichen – auch ohne staatliche Bevormundung und ohne Zwangsaskese. Für eine intakte Umwelt und ein gesundes Klima brauchen wir nicht unsere freiheitliche Lebensweise zu opfern. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Anreizen können wir weit mehr für den Klimaschutz tun, als mit planwirtschaftlicher Detailregulierung und Verboten. Man muss nur konsequent die richtigen klimapolitischen Instrumente nutzen, die CO₂-Emissionen verursachergerecht bepreisen und mit dem Emissionshandel ebenso wirksam wie kosteneffizient begrenzen. Symbolpolitische Einzelmaßnahmen wie das Verbot von Verbrennungsmotoren, Ölheizungen, großen Autos oder Inlandsflügen schränken hingegen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger unzulässig ein, ohne dass die Umwelt oder das Klima davon einen spürbaren Nutzen hätten.

Der Klimawandel und Fragen des Klimaschutzes bewegen die Menschen. Erfreulicherweise engagieren sich gerade Jugendliche für dieses Zukunftsthema. Starke Emotionen tragen dazu bei, dass die Umweltpolitik einen hohen Stellenwert erhält, starke Emotionen prägen verständlicherweise auch die Diskussionen. Wenn es aber um die Lösungen geht, also um konkrete klimapolitische Konzepte,

sind Emotionen wenig hilfreich. Für die Lösungen muss gelten: Vorfahrt für Fakten, Vorfahrt für Vernunft. Wir Freie Demokraten wollen dieser Vernunft eine Stimme geben.